

Initiativen Fluglärm in Mainz und Rheinhessen

Besprechungsnotiz vom 10. August 2017

An neuem Ort: In der Ausweich-Ortsverwaltung Lerchenberg

in der ehemaligen städt. Kita, Hindemithstraße 1

Zugang von der Hebbelstraße 131-139 oder vom Wendehammer Fontanestraße

1. Änderung der Tagesordnung: ./.
2. Genehmigung der Besprechungsnotiz vom 13. Juli 2017: i.O.
3. Organisation:
 1. Berichte der Arbeitsgruppen / Vereine:

Appelt: Seit bei der **Südumfliegung** die bereits techn. ausgerüsteten Flugzeuge den vorgegebenen Flugradius einhalten, ist der Fluglärm jetzt unter der konzentrierten Route über dem Rhein lauter als bisher. Diese Route werde allerdings zunehmend von mehr Heavies und Super Heavies genutzt, was im Ergebnis zu einer Erhöhung des Dauerschallpegels führt.
 2. Berichte der Fachgruppen:

Ultrafeinstaub, Wolfgang Schwämmlein: Im Bereich Frankfurt / Fraport sollen 2 Messgeräte für Ultrafeinstaub ab ca. 7 nm (nm = Nanometer) aufgestellt werden.
4. Aktionen:
 1. Bericht über die **Mahnwachen** im Flughafen / Interview von **Bundestagswahl-Kandidaten:**

Dank an Hannelore Feicht zur Einladung der Kandidaten + Interviewer + andere Helfer. Die Gespräche waren informativ. Die Einstellung der Kandidaten zu Fluglärm + Ultrafeinstaub und ihr Engagement war zu erkennen. Alle Kandidaten betonten die Wichtigkeit unserer Montags-Demos bei Fraport. Die Interviews wurden vollständig auf Video aufgenommen. Die **LINKS zu den Video-Aufnahmen** + Fotos finden Sie über www.flughafen-bi.de und den Berichten über die Mahnwachen.
 2. Bericht über **Peter Feldmann – Oberbürgermeister von Frankfurt:**

Der OB hat sich am 31.7.17 einen ganzen Tag an mehreren Orten **zu Fluglärm + Feinstaub** mit Bürgern + BIs im Raum Frankfurt gesprochen + informiert. Auftakt im „Römer“ mit einer Pressekonferenz mit **Prof. Münzel** + Darstellung der Studien zu Fluglärm und den gesundheitliche Auswirkung. Horst Weise vom Deutschen Fluglärmdienst (DFLD) konnte an einer Messstation zeigen, dass sich der Dauerschallpegel in letzter Zeit verdoppelt hat. Es ist zu begrüßen, dass der Frankfurter Oberbürgermeister und in unserer Forderung für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr einsetzt und die Gesundheit der Menschen vor den Profit der Fraport stellt.

<http://www.fr.de/rhein-main/flughafen-frankfurt/flughafen-peter-feldmann-spricht-ueber-fluglaerm-a-1323558>
[http://frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=3060&_ffmpar\[_id_inhalt\]=5907709](http://frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=3060&_ffmpar[_id_inhalt]=5907709)
 3. Schlussentscheidung des Hess. Verwaltungsgerichtshofs zur Nachtruhe von 22 bis 6 Uhr:
 1. Warum beantragt die Stadt Mainz keine Zulassungsbeschwerde?

Der VGH Kassel hat die Klage der Stadt Mainz gegen den Planfeststellungsbeschuß zum Ausbau Flughafen abgewiesen. Gegen die Nichtzulassung einer Revision wird von Mainz keine Beschwerde eingereicht, weil lt. RA Dr. Schröder **keine Erfolgsaussicht** besteht. Dr. Schröder hat darüber für die Stadt eine Expertise erstellt. (Anlage)

<http://www.mainzund.de/klage-der-stadt-mainz-gegen-ausbau-des-frankfurter-flughafens-gescheitert/>
 2. Welche Privatklagen sind noch aktiv?

Die, vom Verein „Für ein lebenswertes Mainz und Rheinhessen e.V.“ unterstützten

Privatkläger haben auf Grund der Empfehlung des Rechtsanwaltes ebenso wie die Stadt Mainz jetzt auf eine „Nichtzulassungsbeschwerde“ verzichtet. Sowohl der Verein, als auch die Stadt Mainz haben sich bereit erklärt die **Flörsheimer Privatkläger** auf ihrem Weg durch die Gerichtsinstanzen zu finanziell zu unterstützen, da sie die größte Chance haben ihre Grund- und Menschenrechte vor dem deutschen Verfassungsgericht und den europäischen Gerichtshöfen durchzusetzen. (Nur natürliche Personen sind im Besitz von Menschenrechten.) Die **Privatkläger von Flörsheim** haben mit ihren Klagen höhere Erfolgsaussichten, da zur höheren Lärmbelastung noch erhebliche Wirbelschleppenschäden hinzukommen, die von Fraport in den vorgelegten Gutachten zur Planfeststellung entscheidungsrelevant negiert wurden. (**Wirbelschleppen** werden von tief fliegenden Flugzeugen verursacht, die Dachziegel aus dem Verband lösen und mit erheblicher Gefahr von Personenschäden auf die Straße schleudern können.

<http://fuer-floersheim.de/>

<http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/klage-gegen-fluglaerm-durch-nordwest-landebahn-in-frankfurt-14891223.html>

<https://www.swr.de/swraktuell/rp/mainz/mainz-geht-neue-wege-beim-thema-fluglaerm-das-ist-nicht-das-ende/-/id=1662/did=20019064/nid=1662/1kuoknr/index.html>

<http://www.fnp.de/lokales/main-taunus-kreis/Floersheimer-Fluglaermgegner-ziehen-jetzt-vors-Bundesverfassungsgericht;art676,2734395>

3. Wir werden die Kläger auf dem Weg über das **Verfassungsgericht** zu den europäischen Gerichten EuGH und EGMR unterstützt?

Schon bei Einreichung der Klagen mussten wir damit rechnen, dass wir vor den deutschen Verwaltungsgerichten scheitern. Doch war dieser Weg zu gehen, um bei höheren Gerichten zugelassen zu werden. Die Stadt Mainz und der **Verein „Lebenswertes Mainz und Rheinhessen e.V.“** und andere werden im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten die **Privatkläger von Flörsheim unterstützen**. Was hinsichtlich Fluglärm und Wirbelschleppen den Flörsheimer Klägern hilft, nutzt auch Mainz. Beide Städte werden im Landeanflug direkt überflogen. Der Vorsitzende Hans-Jakob Gall vom Verein „Für Flörsheim“ hat sich mit „Lebenswertes Mainz ...“ abgestimmt. Ohne Geld – es wird mit über 100 000 € gerechnet - kann das Recht nicht durchgesetzt werden! Deshalb bittet der Verein „Lebenswertes Mainz ...“ um **Spenden zur Fortführung der Prozesse**.

Kennwort: „FLOERSHEIMER VERFASSUNGSBESCHWERDE“

Empfänger: VEREIN LEBENSWERTES MAINZ

IBAN-Nr.: DE74 5519 0000 0526 2130 12

BIC: MVBMD55XXX bei der Mainzer Volksbank

Die Spenden sind steuerlich absetzbar, bitte Name und genaue Anschrift angeben!

<http://www.lebenswertesmainz.de/spenden/>

4. Erweiterung der Klagen auf **Ultrafeinstaub**:

Eine Erweiterung der Klagen auf Ultrafeinstaub ist derzeit nicht beabsichtigt, da keine öffentlich anerkannten Werte vorliegen. Mit BI-eigenem mobilem Messgerät zur Partikelzählung (ca. 2-30nm) durch Flugzeugtriebwerke, werden weiter Fakten gesammelt und genutzt, um öffentliche Stellen zur Partikelzählung zu motivieren. Derzeit installierte Geräte der Kommunen zur Überwachung der Umweltbelastung sind für den gefährlichen Ultrafeinstaub ungeeignet, da im Gewicht grober Partikel Ultrafeinstaub nicht erkannt wird.

5. Politik:

1. Was ist notwendig in Bezug auf die **Bundestagswahl**?

Die Bürger sollen die **Kandidaten direkt ansprechen** und ihre Einstellung zu Lärm und Ultrafeinstaub abfragen. Falls sie gewählt werden, sollen besonders die direkt gewählten Kandidaten regelmäßig eingeladen und zu ihrer Arbeit im Bundestag befragt werden.

Auf Grund der Belastung der Region durch Lärm und Schadstoffe erwarten wir, dass sich unsere Abgeordneten um die Vollmitgliedschaft in den Verkehrs-, Umwelt- und Gesundheitsausschüssen bewerben.

Dem Schutz der Menschen vor Körperverletzung muss durch Regierung, Ministerien und dem Parlament eine höhere Priorität eingeräumt zu werden, als dem Profit von Großaktionären und Wirtschaftsbossen.

Ein Beispiel einer zu starken Verbandelung zwischen Industrie und Bundesministerium ist in dem Verhältnis zwischen dem Verkehrsministerium und der Autoindustrie oder der Luftverkehrswirtschaft zu sehen.

Trotz Betrügereien der großen Autobauer an der Umwelt und den Verbrauchern, bleiben die Verantwortlichen ungeschoren und Minister Dobrindt wirbt für einen „Deal“ auf Kosten der betroffenen Käufer von Dieselfahrzeugen.

Im Bereich der Luftverkehrswirtschaft wurde im Jahr 2003 die Initiative "**Luftverkehr für Deutschland**" von Unternehmen der Luftverkehrswirtschaft gegründet.

Die **Schirmherrschaft** wurde von Anbeginn an, vom jeweiligen **Bundesverkehrsminister** übernommen.

Hier werden die Strategien der Luftverkehrspolitik unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausgehandelt.

Es wundert nicht, dass Mitarbeiter und Beauftragte der Fraport Arbeitsplätze im Verkehrsministerium hatten und den Referentenentwurf zum Fluglärmschutzgesetz des Umweltministeriums zu einem **Lex-Fraport** (Gesetz) umformuliert und zu einem Gesetz gemacht haben, dass den Fluglärm, nicht aber die belasteten Menschen schützt.

Ziel dieser Initiative ist, am weltweiten Wachstum des Luftverkehrs zu partizipieren und nicht den Fernreisebedarf von und nach Deutschland zu erfüllen. Es wundert also auch nicht, dass Minister Dobrindt die Wunschliste der Luftverkehrswirtschaft zu seinem Luftverkehrskonzept gemacht hat und die Aufgabe des Koalitionsvertrages 2013 zwischen CDU/CSU und SPD ein gemeinsames, mit dem Umweltministerium abgestimmtes Luftverkehrskonzept der Bundesregierung zu entwickeln, nicht erfüllt hat.

<https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/LR/initiative-luftverkehr-fuer-deutschland.html>

2. Novellierung Fluglärm-Schutz-Gesetz und Stand von Flughafen- bzw. Verkehrskonzept:
Kompletter Abschnitt nicht besprochen, verschoben in die nächste Besprechung.

1. Das im Koalitionsvertrag vorgesehene Flughafenkonzept der Bundesregierung zerfällt in:
 1. Die Sicht der Luftverkehrsindustrie unter der Schirmherrschaft von Verkehrsminister Dobrindt
 2. Die Sicht des Umweltbundesamtes im Auftrag des Bundesumweltministeriums.
 3. Die Sicht des Wissenschaftsrates (SRU).
 4. Den Bedarf der belasteten Menschen.

6. Veranstaltungen:

1. Straßenplakate für **Wahlveranstaltungen** beachten, Termin und Ort melden und hingehen. Unsere Ziele in die Diskussion einbringen. Unsere Ziele finden Sie [hier](#). Das BBI gibt Empfehlungen für Parteiprogramme. Für Wähler und Politiker der Politikbrief des BBI. Siehe: <http://www.flughafen-bi.de/Archiv/2017/BBI-Politikbrief-zur-Bundestagswahl-2017-Stand-04.04.2017.pdf>
2. Donnerstag, 31.8.2017 19:00 – 21:00 Uhr, Veranstaltung von **ZRM** (Zukunft Rhein-Main) „**Wer schützt uns vor Fluglärm**“ **Bundestagskandidaten nehmen Stellung!** Im Roncallihaus Wiesbaden Friedrichstraße 26. <http://www.zukunft-rhein-main.de/?show=axfX>

7. Sonstiges:

Dietrich Elsner, Koordinator
Karl-Heinz Hook, BI MZ-Lerchenberg